

BUND Marburg fordert Moratorium zur Bebauung Hasenkopf

Der BUND Ortsverband Marburg stellt fest: Die Entscheidung zur Entwicklung des Baugebietes Hasenkopf ist ohne adäquate Bürgerbeteiligung getroffen worden und hat inzwischen insbesondere aufgrund folgender Gründe ihre Legitimation verloren:

I. Fehlendes Verkehrs- und Mobilitätskonzept

Die Standortentscheidung Hasenkopf wurde maßgeblich gestützt auf die Aussage, die bestehende verkehrliche Infrastruktur sei in der Lage, das zusätzlich entstehende Verkehrsvolumen problemlos zu bewältigen. Nur wenige Tage nach der Hasenkopf-Entscheidung wurden diese Zusicherungen vom Oberbürgermeister Dr. Spies und der Marburger SPD mit ihrer All-natal-Initiative für den Marburger Westen ad absurdum geführt. Sie mussten eingestehen, dass die von ihnen vorangetriebenen Bauprojekte einschließlich Ausbau des Standortes Görzhäuser Hof von einer Tragweite sind, die nur über ein verkehrliches Gesamtgutachten geklärt werden kann. Daraus folgt zwingend, dass ein solches Gutachten nicht von der Existenz eines Baugebietes als gesetzte Vorgabe ausgehen darf. Vielmehr muss die Standortentscheidung hierfür eingebunden werden in einen ergebnisoffenen Vergleich sämtlicher Standortalternativen zur Siedlungsentwicklung der Stadt Marburg.

Für das zu beauftragende Verkehrsgutachten ist eine Priorisierung für den ÖPNV zu setzen. Im Bereich der E-Mobilität haben batterieunabhängige Systeme absoluten Vorrang - Bahn, Seilbahn und Oberleitungssysteme.

II. Priorisierung der Klimateffizienz für die bauliche und verkehrliche Gesamtentwicklung der Stadt Marburg

Die Stadtpolitik muss zur Kenntnis nehmen, dass die breite Zivilgesellschaft eine klare Priorisierung der Klimaschutzziele/Umsetzung der Energiewende als höchstrangiges Handlungsziel der Politik gesetzt wissen möchte. Dies erfordert einen Planungsprozess, der die Inanspruchnahme neuer Flächen im Außenbereich nur unter der Voraussetzung zulässt, wenn alle anderen Handlungsmöglichkeiten transparent nachvollziehbar erschöpft sind.

Als Konsequenz folgt u.a., dass unter qualifizierter Bürgerbeteiligung - Runder Tisch -

- ein Prüfprozess stattfindet zur Ermittlung und Bewertung des Potenzials für eine Aktivierung/Ausbau von Wohnraum im bestehenden Bestand von Gebäuden und Freiflächen im bebauten Bereich – auch in den Außenstadtteilen. Eine geeignete operationale Grundlage bildet die Wohnraum-Potenzialstudie der Marburger Gewobau.
- für einen ggf. verbleibenden Restbedarf alle verfügbaren Flächen-Alternativen ohne jeglichen willkürlichen Vorab-Flächenausschluss einem Prüfprozess unterzogen werden.

Ziel dieses Beteiligungsverfahrens muss sein, die zu verknüpfende Gesamtentwicklung von Siedlung und Verkehr so zu steuern, dass eine bestmögliche Klimabilanz erzielt wird.

III. Fehlendes Potential Radverkehrsmobilität für das Gebiet Tannenberghaus/Hasenkopf

Der BUND stellt fest, dass kein nennenswertes Potenzial für die Verlagerung von

Verkehrsleistungen in der Relation Tannenbergh/Hasenkopf zur Marburger Tallage auf den Radverkehr besteht - auch hinsichtlich der Option E-bike. Ursache dafür ist, dass die überhaupt in Frage kommenden Radwegführungen Steigungsabschnitten zwischen 16-18% aufweisen und damit weitgehend ungeeignet sind.

Völlig anders stellen sich die Verhältnisse für die Planungsalternative der Flächen zwischen Südspange und dem Stadtteil MR-Gisselberg dar. Ein Wohngebiet an diesem Standort wäre über bereits vorhandene Radwege gefahrenfrei angebunden an die Schulstandorte, Sportstätten, Musikschule etc. im Bereich Ockershausen, ebenso an beide Bahnstationen und das innerstädtische Handelsangebot entlang der Lahnschiene.

Die Behauptung der Marburger SPD, die Fläche Gisselberg sei regionalplanerisch bereits als Gewerbeflächen belegt, ist unzutreffend. Dessen ungeachtet wäre eine solche Festlegung revidierbar, weil eine Bebauungsplanung bislang nicht existiert.

IV. Verknüpfung Arbeiten und Wohnen

Eine wesentliche Strategie klimabewusster Stadtentwicklungsplanung besteht in der räumlich engen Verknüpfung von Arbeiten und Wohnen. Unter diesem Aspekt sind die Bereiche Bauerbach (Klinikum/Universität auf den Lahnbergen) sowie Michelbach (Pharmakomplex Görzhäuser Hof) adressiert. Für beide Optionen sind im gültigen Regionalplan „Zuwachsflächen Siedlung“ bereits ausgewiesen. Die Realisierung einer solchen Konzeption war vom Geschäftsführer der Gewobau für den Stadtteil Michelbach bereits in der Veranstaltung Bürgerbeteiligung am 26. September 2018 vorgeschlagen worden, ohne Reaktion der Politik. Zu entwickeln wäre ein Baugebiet, das verschiedenen Wohnansprüchen gerecht wird, dauerhaft im Eigentum der Gewobau/Stadtentwicklungsgesellschaft verbleibt und ausschließlich an Beschäftigte des Pharma-Standortes vermietet wird (Sicherstellung der dauerhaften Zweckbindung). Eine ideale Anbindung an den ÖPNV resultiert aus der Perspektive Herstellung eines Bahnanschlusses Görzhäuser Hof/Michelbach an die Lahntal-Bahnstrecke.

V. Planungsfortschritt durch adäquate Bürgerbeteiligung

Die zurückliegenden zwei Jahre Marburger Stadtentwicklung sind gekennzeichnet durch ein negatives Spannungsverhältnis zwischen Stadtpolitik und engagierten Bürgergruppen der Marburger Zivilgesellschaft. Maßgebliche Ursache dafür ist die Tatsache, dass Planungsentscheidungen wie z.B. das „Bauen im Marburger Westen“ ohne qualifizierte Bürgerbeteiligung im planerischen Vorfeld getroffen werden. Die nachfolgende Bürgerbeteiligung beschränkt sich auf gesamtplanerisch marginale Sachverhalte bei vorgegebener Themenbeschränkung.

Diese Strategie erhöht die Risiken von Planungs- und Projektverzögerungen, statt sie abzubauen. Notwendig ist demgegenüber ein neues lösungsorientiertes Planungsverständnis auf Basis einer Bürgerbeteiligung, wie sie von der Bundestagsfraktion der SPD unter maßgeblicher Mitwirkung des Bundestagsabgeordneten Sören Bartol bereits im Februar 2012 formuliert worden ist:

„Bürgerbeteiligung darf nicht zum Mittel degradiert werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen für vorher unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasste Beschlüsse. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von Anfang an einbezogen werden, also bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird. Beteiligungsprozesse müssen ergebnisoffen sein. Dies bedeutet einen grundlegenden Wechsel in der Planungskultur: Transparenz statt Diskussionen hinter verschlossenen Türen, eine umfassende Öffnung der Planungsverfahren und ein neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis von Politikern und Verwaltungen.“

Vanessa Kersten

(Vanessa Kersten, Vorstand des BUND Marburg)